

Menschen ohne Papiere haben ein Recht auf einen garantierten Rechtsstatus !

In der Europäischen Union leben vermutlich mehrere Millionen Menschen "ohne Papiere". Die Tatsache, dass der Aufenthalt „ohne Papiere“ in der EU faktisch ein Status ohne Rechte ist, ist inhuman und verstößt gegen die Achtung der Menschenwürde sowie gegen die universell geltenden Menschenrechte. Die Politik der EU blendet aus, dass in den meisten Mitgliedsländern hunderttausende Menschen, darunter vielfach Kinder und Jugendliche mit und ohne Eltern:

- scheinbar „unsichtbar“ untergetaucht, faktisch außerhalb des geltenden Rechtsrahmens, ein Dasein unter menschenunwürdigen Bedingungen ohne jeden Rechtsanspruch fristen
- unwürdige und jegliche Mindestsicherung entbehrende Beschäftigungsverhältnisse (mit so genannten Sklavenhaltern) eingehen müssen
- keinen rechtlich garantierten Zugang zu Einrichtungen der Gesundheitsversorgung haben
- keinen rechtlich garantierten Zugang zu Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen haben
- über keine rechtlich garantierte Grundsicherung mit Existenzmitteln verfügen.

Unsere Fragen:

1. Wie wollen Sie im EU-Parlament dafür wirken, dass die Artikel 3, 4 und 6 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für Menschen ohne Papiere wirksam werden (Art. 3 „Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“; Art. 4 „Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen ihren Formen verboten.“ und Art. 6 „Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden.“)? Wie werden Sie in diesem Zusammenhang dafür wirken, dass ihnen ein rechtlich geregelter Aufenthaltsstatus auf dem Territorium der EU zuteil wird?
2. Wie werden Sie im EU-Parlament darauf hinwirken, dass Menschen ohne Papiere in der EU einen rechtlich garantierten Zugang zu Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, zu Einrichtungen der Gesundheitsversorgung, sowie zum Arbeitsmarkt erhalten?
3. Wie kann für Menschen ohne Papiere der effektive Zugang zu Rechtsschutz gewährleistet werden, um sie effektiv vor Sklaverei und Ausbeutung zu schützen, ohne dass sie anlässlich der konkreten Geltendmachung ihrer Rechte die Festnahme (z.B. im Gerichtsaal des Arbeitsgerichts), Inhaftierung und Abschiebung befürchten müssen?
4. Wie werden Sie dazu beitragen, dass allgemeine Legalisierungen von Papierlosen weiterhin durchgeführt werden können, anstatt jeden rechtlich geregelten Aufenthaltsstatus von Einzelfallprüfungen abhängig zu machen?
5. Wie schätzen Sie die Maßgabe des Asylpakts ein, die Zusammenarbeit mit möglichen Herkunfts- und Transitländern zu verstärken, um Menschen ohne Papiere gezielt zur Rückkehr zu bewegen und sie dorthin abzuschicken, so sie „freiwillig“ dazu nicht bereit sind? Welche Rechtsgrundlagen der EU sollten einer solchen Zusammenarbeit, die bisher ohne Bedingungen mit Libyen, Marokko und Algerien praktiziert wird, generell zugrunde liegen?

Anregungen für die kommende Legislaturperiode:

Auf EU-Ebene sollten gemeinsame Standards für die Gewährleistung sozialer Rechte (Bildung, Gesundheit) für Menschen ohne Papiere geschaffen werden. Der anonyme Krankenschein kann durchaus ein Modell für die Gewährung des Rechts auf medizinische Versorgung unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Zunächst müsste natürlich ein Zugang zu sozialen Rechten für Migranten durch die Schaffung legaler Einwanderungsmöglichkeiten gewährleistet werden.

Anders als es das Konzept der "zirkulären Migration" im "Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl" vorsieht, sollten alle Migranten die Möglichkeit erhalten, zwischen ihrem Herkunftsland und der EU zu pendeln, ohne dabei ihr Aufenthaltsrecht zu verwirken.

Personen, die einwandern dürfen, sollten alle nach einer gewissen Frist ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten. Ohne einen stabilen Aufenthaltsstatus wird eine gewünschte Integration in die Aufnahmegesellschaft nicht möglich sein.

Die Erfahrungen, die einige Mitgliedsstaaten der EU mit Legalisierungen gemacht haben, sollten EU-weit zur Grundlage gemacht werden.

Für Menschen ohne Papiere in der EU muss ein rechtlich garantierter Zugang zu Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, zu Schulen, Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, zu Einrichtungen der Gesundheitsversorgung sowie zum Arbeitsmarkt sichergestellt werden.

Ein effektiver Zugang zu Rechtsschutz muss gewährleistet werden, um Menschen ohne Papiere effektiv vor Sklaverei und Ausbeutung zu schützen.

Zugleich muss die Meldung an Polizei und Ausländerbehörde anlässlich der Inanspruchnahme dieser Rechte durch einen effektiven Schutz personenbezogener Daten verboten werden.
